

BDSW – Allgemeine Geschäftsbedingungen für das Sicherheitsgewerbe

(gültig ab 1. Juni 2018)

1. Allgemeine Dienstauführung

- (1) Das Sicherheitsgewerbe ist gemäß § 34a Gewerbeordnung (GewO) ein erlaubnispflichtiges Gewerbe und übt seine Sicherheitsdienstleistung als Revier-, Objektschutz- oder Sonderdienst aus.
- a) Der Revierdienst erfolgt in Dienstkleidung durch Einzelstreifen oder Funkstreifenfahrer. Es werden dabei – soweit nichts anderes vereinbart ist – bei jedem Rundgang Kontrollen der in Wachrevieren zusammengefassten Wachobjekte zu möglichst unregelmäßigen Zeiten vorgenommen.
- b) Der Separat-/Objektschutzdienst erfolgt in der Regel durch eine(n) oder mehrere Sicherheitsmitarbeiter/in, die eigens für ein bzw. wenige in einem räumlichen Zusammenhang stehende Wachobjekte eingesetzt ist/sind. Die einzelnen Tätigkeiten werden in besonderen Dienstanweisungen festgelegt.
- c) Zu den Sonderdiensten gehören z. B. Personalkontrollen, Personenbegleit- und Schutzdienste, Sicherungsposten der DB AG, der Betrieb von Alarm- und Notrufzentralen (Dienstleistungszentralen) sowie die Durchführung von Kassen-, Ordnungs- und Aufsichtsdiensten für Ausstellungen, Messen, Veranstaltungen und andere Dienste.
- (2) Die gegenseitigen Verpflichtungen von Auftraggeber und Sicherheitsunternehmen (im Folgenden: Unternehmen) werden in besonderen Verträgen vereinbart.
- (3) Das Unternehmen erbringt seine Tätigkeit als Dienstleistung (keine Arbeitnehmerüberlassung gemäß Gesetz über gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung vom 7. August 1972 in der jeweils gültigen Fassung), wobei es sich seines Personals als Erfüllungsgehilfen bedient. Die Auswahl des beschäftigten Personals und das Weisungsrecht – ausgenommen bei Gefahr im Verzuge – bei dem beauftragten Sicherheitsunternehmen.
- (4) Das Unternehmen ist zur Erfüllung aller gesetzlichen, behördlichen, sozialrechtlichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Mitarbeitern allein verantwortlich.

2. Begehungsvorschrift

Im Einzelfall ist für die Ausführung des Dienstes allein die schriftliche Begehungsvorschrift/der Alarmplan maßgebend. Sie/er enthält den Anweisungen des Auftraggebers entsprechend die näheren Bestimmungen über die Rundgänge, Kontrollen und die sonstigen Dienstverrichtungen, die vorgenommen werden müssen. Änderungen und Ergänzungen der Begehungsvorschrift/des Alarmplanes bedürfen einer Vereinbarung in Textform. Soweit unvorhersehbare Notstände es erfordern, kann in Einzelfällen von vorgesehenen Kontrollen, Rundgängen und sonstigen Dienstverrichtungen Abstand genommen werden.

3. Schlüssel und Notfallanschriften

- (1) Die für den Dienst erforderlichen Schlüssel sind vom Auftraggeber rechtzeitig und kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- (2) Für Schlüsselverluste und für vorsätzlich oder fahrlässig durch das Dienstpersonal herbeigeführte Schlüsselbeschädigungen haftet das Unternehmen im Rahmen der Ziffer 10. Der Auftraggeber gibt dem Unternehmen die Anschriften bekannt, die bei einer Gefährdung des Objektes auch nachts telefonisch benachrichtigt werden können. Anschriftenänderungen müssen dem Unternehmen umgehend mitgeteilt werden. In den Fällen, in denen das Unternehmen über aufgeschaltete Alarmanlagen die Alarmverfolgung durchzuführen hat, ist vom Auftraggeber die Benachrichtigungsreihenfolge anzuordnen.

4. Beanstandungen

- (1) Beanstandungen jeder Art, die sich auf die Ausführung des Dienstes (etwa Nichtantritt des Dienstes, Verspätungen, Schlechterfüllung der vereinbarten Sicherheitsdienstleistungen etc.) beziehen, sind unverzüglich nach Feststellung in Textform der Betriebsleitung des Unternehmens zwecks Abhilfe mitzuteilen.
- (2) Wiederholte oder grobe Verstöße in der Ausführung des Dienstes berechtigen nur dann zur fristlosen Kündigung des Vertrages, wenn das Unternehmen nach Benachrichtigung in Textform nicht in angemessener Zeit – spätestens innerhalb von sieben Werktagen – für Abhilfe sorgt, soweit diese möglich und für beide Vertragspartner zumutbar ist.

5. Auftragsdauer

Der Vertrag läuft – soweit nichts Abweichendes in Textform vereinbart ist – ein Jahr. Wird er nicht bis spätestens jeweils drei Monate vor Ablauf der Erstlaufzeit gekündigt, so verlängert sich der Vertrag jeweils um ein weiteres Jahr und danach wieder um ein weiteres Jahr usw. Jeweils 3 Monate vor Ende der jährlichen Verlängerung besteht ein Kündigungsrecht.

6. Ausführung durch andere Unternehmen

Das Unternehmen ist berechtigt, in Übereinstimmung mit dem Auftraggeber, sich zur Erfüllung seiner Verpflichtungen Unternehmen zu bedienen, die die Gewerbeerlaubnis gemäß § 34a Gewerbeordnung besitzen und zuverlässig sind.

7. Unterbrechung der Bewachung

- (1) Im Kriegs- oder Streikfalle, bei Unruhen und anderen Fällen höherer Gewalt kann das Unternehmen den Dienst, soweit dessen Ausführung unmöglich wird, unterbrechen oder zweckentsprechend umstellen.
- (2) Im Falle der Unterbrechung ist das Unternehmen verpflichtet, das Entgelt entsprechend den etwa ersparten Löhnen für die Zeit der Unterbrechung zu ermäßigen.

8. Vorzeitige Vertragsauflösung

- (1) Bei Umzug des Auftraggebers sowie bei Verkauf oder sonstiger Aufgabe des Vertragsobjektes oder – gegenstandes kann das Vertragsverhältnis von jeder Vertragspartei mit einer Frist von einem Monat gekündigt werden.
- (2) Gibt das Unternehmen das Revier auf, so ist es ebenfalls zu einer vorzeitigen Lösung des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat berechtigt.

9. Rechtsnachfolge

Bei Tod des Auftraggebers tritt der Rechtsnachfolger in den Vertrag ein, es sei denn, dass der Gegenstand des Vertrages hauptsächlich auf persönliche Belange, insbesondere den Schutz der Person des Auftraggebers, abgestellt war. Durch Tod, sonstige Rechtsnachfolge oder Rechtsformänderung des Unternehmens wird der Vertrag nicht berührt.

10. Haftung und Haftungsbegrenzung

- (1) Die Haftung des Unternehmens für Sach- und Vermögensschäden ist in Fällen leicht fahrlässiger Schadensverursachung durch einen gesetzlichen Vertreter oder einen Verrichtungs- oder Erfüllungsgehilfen auf den bei vergleichbaren Geschäften dieser Art typischen und vorhersehbaren Schäden beschränkt. Die Haftung für sonstige Fälle der schuldhaften Verursachung von Sach- und Vermögensschäden bleibt unberührt.
- (2) Auch die Haftung der Mitarbeiter für Sach- und Vermögensschäden ist in Fällen leicht fahrlässiger Schadensverursachung auf die bei vergleichbaren Geschäften dieser Art typischen und vorhersehbaren Schäden beschränkt (Vertrag zugunsten Dritter). Die Haftung für sonstige Fälle der schuldhaften Verursachung von Sach- und Vermögensschäden bleibt unberührt.

General Terms and Conditions of Business for the security profession

(applicable as from Juni 1, 2018)

1. General performance of duties

- (1) Under Section 34a of the Industrial Code, the security profession is a profession subject to licensing and performs its security services as area or building protection, or as special service.
- a) The area service is performed in work clothing through individual patrols or radio patrol drivers. In the absence of any agreement to the contrary, each patrol tour will carry out checks on the surveillance objects located in the surveillance areas at as irregular intervals as possible.
- b) As a rule, the separate/building protection service will be carried out by one or more security personnel deployed specially for one or a few surveillance objects in a physically related area. The individual duties will be laid down in special work instructions.
- c) The special duties include, for example, personnel checks, person accompaniment and protection services, money and valuables services, security posts of DB AG, the operation of alarm and emergency call switchboards (service switchboards) as well as the performance of ticket office, stewarding and supervisory services for trade fairs, exhibitions, events and other services.
- (2) The reciprocal obligations of customer and security company (hereinafter company) will be agreed in separate contracts.
- (3) The company shall perform its work as a service (no temporary hiring out of personnel as per the law on the temporary hiring out of personnel for commercial purposes dated 7 August 1972 in the respectively applicable version), with its personnel being used as vicarious agents. The selection of the personnel employed and the right to issue instructions – except in cases of imminent danger – shall lie with the security company appointed.
- (4) The company bears sole responsibility for the fulfilment of all statutory, official, social-law and employers' liability insurance association obligations with respect to its employees.

2. Inspection regulations

The written inspection regulations/the alarm plan shall be exclusively authoritative for the performance of the services in each individual case. It contains the detailed provisions on inspection patrols, checks and other services to be carried out based on the instructions of the customer. Amendments and extensions to the inspection regulations/alarm plan must be agreed in writing. If necessitated by unforeseeable emergencies, deviations from the envisaged checks, inspection patrols and other services are possible in individual cases.

3. Keys and emergency addresses

- (1) The keys required for the work must be provided by the customer in good time and free of charge.
- (2) The company shall be liable as per point 10 for the loss of keys or for damage to keys caused intentionally or negligently by the service personnel. The customer shall advise the company of the addresses that can be notified in the event of a risk to the object, including by telephone at night. Changes of address must be notified to the company immediately. In cases in which the company is required to track alarms via intrusion alarm systems, the sequence of informing must be specified by the customer.

4. Complaints

- (1) All forms of complaint concerning the performance of the service (e.g. failure to take up the service, delays, poor fulfilment of the agreed security services etc.) must be reported to the company's operational management in writing immediately upon ascertainment for the purpose of remedial action.
- (2) Repeated or gross violations in the performance of the service shall only create an entitlement to termination of the contract without notice if the company fails to arrange remedial action within an appropriate period – at the latest within seven working days – of written notification.

5. Duration of the assignment

In the absence of any written agreement to the contrary, the contract shall run for one year. If not terminated by no later than three months prior to expiry of the initial term, the contract shall be extended by a further year and thereafter for respective further periods of one year. The right of termination ends three month prior to the automatic annual extension of the contract.

6. Performance by other companies

The company is entitled, following agreement with the customer, to make use of approved and reliable companies for the fulfilment of its obligations in accordance with Section 34a Industrial Code (GewO).

7. Interruption of the surveillance

- (1) The company can interrupt the service or alter it expediently in so far as its performance is rendered impossible as a result of war or strike, unrest or other cases of force majeure.
- (2) In the event of interruption, the company shall be obliged to reduce the remuneration for the duration of the interruption in accordance with any wages saved.

8. Premature cancellation of the contract

- (1) The contractual relation can be terminated by either party with a period of notice of one month in the event of relocation by the customer, sale or other relinquishing of the contractual building or item.
- (2) If the company relinquishes the area, it shall likewise be entitled to premature cancellation of the contract subject to adherence to a period of notice of one month.

9. Legal succession

In the event of the death of the customer, the legal successor shall join the contract, unless the subject matter of the contract concerned primarily personal matters, in particular the personal protection of the customer. Death, other legal succession or legal alteration of the company shall not affect the contract.

10. Liability and limitation of liability

- (1) The liability of the company for material damage and economic loss in cases of slightly negligent causing of damage by a legal representative or a vicarious or performing agent shall be limited to the typical and foreseeable damage with comparable transactions of this nature. Liability for other cases of culpable causing of material damage and economic loss shall remain unaffected.
- (2) In cases of slightly negligent causing of damage, the liability of the employees for material damage and economic loss shall also be limited to the typical and foreseeable damage with comparable transactions of this nature (contract to the benefit of third parties). Liability for other cases of culpable causing of material damage and economic loss shall remain unaffected.

(3) Gemäß § 6 Bewachungsverordnung besteht eine Haftpflichtversicherung des Unternehmens. Dem Versicherungsvertrag liegen die Allgemeinen Haftpflichtversicherungsbedingungen (AHB) und die Bedingungen für die Haftpflichtversicherung von Bewachungsunternehmen uneingeschränkt zu Grunde. Von diesem Versicherungsschutz ausgeschlossen sind insbesondere Schäden, die mit der eigentlichen Sicherheitsdienstleistung nicht in Zusammenhang stehen, wie die Übernahme der Streupflicht bei Glätteis, bei Bedienung von Sonnenschutzeinrichtungen, oder bei der Bedienung und Betreuung von Maschinen Kesseln, Heizvorrichtungen, elektrischen oder ähnlichen Anlagen. Die Haftung für derartige Schäden ist, soweit nicht die Absätze 1 und 2 abweichende Regelungen treffen, im gesetzlich zulässigen Umfang ausgeschlossen.

(4) Die Haftung für Personenschäden bleibt unberührt. Die Einschränkungen der Absätze 1 bis 3 gelten nur für Sach- und Vermögensschäden.

11. Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen

(1) Schadensersatzansprüche müssen innerhalb einer Frist von 3 Monaten, nachdem der Anspruchsberichtigte, seine gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen von dem schädigenden Ereignis Kenntnis erlangt haben, gegenüber dem Unternehmen geltend gemacht werden. Kann innerhalb dieser Frist die Höhe des Schadens noch nicht bestimmt werden, so ist es ausreichend, aber auch erforderlich, dass der Schaden dem Grunde nach geltend gemacht wird. Schadensersatzansprüche, die nicht innerhalb dieser Frist geltend gemacht werden, sind ausgeschlossen. Hiervon unberührt bleibt die Geltendmachung eines Schadensersatzes aufgrund von Personenschäden, sowie aus vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzungen.

(2) Der Auftraggeber ist ferner verpflichtet, dem Unternehmen unverzüglich Gelegenheit zu geben, alle erforderlichen Feststellungen zur Schadensverursachung, zum Schadensverlauf und zur Schadenshöhe selbst oder durch Beauftragte zu treffen. Schadensaufwendungen, die dadurch entstehen, dass der Auftraggeber seinen vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht unverzüglich nachkommt, gehen zu seinen Lasten.

12. Haftpflichtversicherung und Nachweis

Das Unternehmen ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung im Rahmen der übernommenen Haftung, deren Grenzen sich aus Ziffer 10 ergeben, abzuschließen. Der Auftraggeber kann den Nachweis über den Abschluss einer solchen Versicherung verlangen. Die Höhen der Versicherungssummen sind festgelegt in der Verordnung über das Bewachungsgewerbe in der Fassung vom 10. Juli 2003 (BGBl. I S. 1378), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 1. Dezember 2016 (BGBl. I S. 2692) geändert worden ist.

13. Zahlung des Entgelts

(1) Das Entgelt für den Vertrag ist, soweit nichts anderes vereinbart ist, monatlich im Voraus zu zahlen.

(2) Aufrechnung des Entgelts ist nicht zulässig, es sei denn im Falle einer unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderung.

14. Preisänderung

(1) Im Falle der Veränderung/Neueinführung von gesetzlichen Steuern, Abgaben, Versicherungsprämien, Kfz-Betriebskosten, Lohnkosten und Lohnnebenkosten, insbesondere durch den Abschluss neuer Lohn-, Mantel- oder sonstiger Tarifverträge, die zu einer Erhöhung der Kosten der vereinbarten Leistung führen, ist das Unternehmen berechtigt, das Entgelt um den Betrag in gleicher Weise zu verändern, um den sich durch die Veränderung der Lohnkosten, Lohnnebenkosten und sonstigen o. g. Kosten der Stundenverrechnungssatz für die Ausführung des Auftrages geändert hat, zuzüglich der jeweils gültigen gesetzlichen Steuern und Abgaben. Bei der Preiserhöhung ist anzugeben, welche Kostenfaktoren in welchem Umfang gestiegen sind und welche Bedeutung diese Kostensteigerung für die Kostenkalkulation hat. Kostenerhöhungen bei einzelnen Kostenbestandteilen, können nur soweit weitergegeben werden, wie sie nicht durch Preisenkungen bei anderen Kostenbestandteilen aufgewogen werden. Die Preiserhöhung tritt zum Beginn des Monats in Kraft, wenn sie dem Auftraggeber bis zum dritten Werktag des vorausgehenden Monats unter Offenlegung der Kostenkalkulation und Nachweis der geänderten Kostenfaktoren, bekannt gegeben wurde.

(2) Dem Auftraggeber steht im Fall der Veränderung von Kostenfaktoren, die zu einer Senkung der Kosten der vereinbarten Leistung führen, entsprechend der Regelung in Absatz 1 ein Anspruch auf Preissenkung zu.

(3) Fordert eine der Parteien eine Preis Anpassung, steht der anderen Partei ein Sonderkündigungsrecht mit Frist von zwei Wochen zum Monatsende zu.

15. Vertragsbeginn

Der Vertrag ist von dem Zeitpunkt an verbindlich, zu dem dem Auftraggeber die Auftragsbestätigung in Textform zugeht.

16. Abberufungsverbot und Vertragsstrafe

(1) Dem Auftraggeber ist es nicht gestattet, Mitarbeiter des Unternehmens zur Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses und zur Begründung eines neuen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses als selbstständige oder unselbstständige Mitarbeiter des Auftraggebers zu veranlassen. Diese Bestimmung gilt auch noch sechs Monate nach Beendigung des Vertrages.

(2) Verstößt der Auftraggeber schuldhaft gegen die Bestimmungen des Absatz 1, so ist er verpflichtet, dem Unternehmen für jeden Fall der Zuwiderhandlung eine von dem Unternehmen nach billigem Ermessen festzusetzende Vertragsstrafe, deren Angemessenheit im Streitfall durch das zuständige Gericht zu überprüfen ist, zu zahlen.

17. Datenschutz

(1) Für die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten gelten im Rahmen des Vertragsverhältnisses die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

(2) Insbesondere gelten Art. 5 Abs. 1 lit. F, Art. 28 Abs. 3 DSGVO (Integrität und Vertraulichkeit der Daten) sowie Art. 12 ff. DSGVO (Informationspflichten).

18. Verbraucherstreitbeilegung

Das Unternehmen ist nicht verpflichtet und nicht bereit an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 36 Abs. 1 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG) teilzunehmen. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der Streitbeilegung durch eine Verbraucherschlichtungsstelle im Rahmen einer konkreten Streitigkeit bei Zustimmung beider Vertragsparteien (§ 37 VSBG).

19. Gerichtsstand und Erfüllungsort

Ist der Auftraggeber Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder handelt es sich um öffentlich-rechtliches Sondervermögen, so ist Erfüllungsort und Gerichtsstand der Sitz der Betriebsleitung des Unternehmens. Diese Gerichtsstand-Vereinbarung gilt ausdrücklich auch für den Fall, dass

- die im Klagewege in Anspruch zu nehmende Partei nach Vertragsabschluss ihren Sitz, Wohnort und/oder gewöhnlichen Aufenthaltsort verlegt;
- Ansprüche aus dem Vertragsverhältnis im Wege des Mahnverfahrens geltend gemacht werden.

(3) The company has liability insurance in accordance with Section 6 of the Surveillance Regulation. The insurance contract is based unrestrictedly on the General Terms and Conditions of Liability Insurance (AHB) and the Terms and Conditions of Liability Insurance for Surveillance Companies. Excluded from this insurance cover is, in particular, damage not related to the actual security service, such as the assumption of the duty to grit in the event of black ice, when operating sun protection devices or operating and servicing machines, boilers, heating devices, electrical or similar systems. Liability for such losses, unless otherwise agreed in (1) and (2), is ruled out to the extent legally permissible.

(4) Liability for damage to persons shall remain unaffected. The restrictions of paragraphs 1 to 3 apply solely for material damage and economic loss.

11. Assertion of liability claims

(1) Claims for damages must be asserted against the company within a period of 3 months from the date on which the person entitled to the claim, his/her legal representatives or vicarious agents gain knowledge of the damaging event. If it is not possible to determine the amount of the damage within this period, it shall suffice – but is also necessary – if the reason for the damage is asserted. Claims for damages not asserted within this period shall be excluded. The ability to claim compensation for damage to persons shall remain unaffected by this, as shall compensation for damages caused by the culpable or grossly negligent breach of obligations.

(2) The customer is also obliged to give the company the immediate opportunity of making all necessary findings concerning the cause of the damage, the course of the damage and the level of the damage itself or of having this carried out by authorised parties. Damage expenses resulting from failure of the customer to comply with his above mentioned obligations or failure to comply with them immediately shall be for his account.

12. Liability insurance and evidence

The company is obliged to take out liability insurance for the liability assumed, the scope of which is set out in point 10. The customer can request evidence of the taking out of this insurance. The levels of the insured sums are set out in the Regulation on the Surveillance Profession in the version dated 10 July 2003 (Federal Law Gazette I page 1378), which was most recently modified by article 1 of the regulation passed on December 1, 2016 (Federal Law Gazette I page 2692).

13. Payment of the remuneration

(1) In the absence of any agreement to the contrary, the remuneration owed under the contract is payable monthly in advance.

(2) Offsetting of the remuneration is not permitted, except in cases of claims that are undisputed or have been recognised by declaratory judgement.

14. Price alterations

(1) In the event of changes to existing/introduction of new statutory taxes, charges, insurance premiums, motor-vehicle operating costs, wage costs and non-wage costs, in particular following conclusion of new wage, umbrella or other collective wage agreements, that result in an increase in the costs for the agreed service, the company shall be entitled to alter the remuneration in the same amount as the increase in the hourly invoicing rate for performance of the assignment, caused by the changes to wage costs, non-wage costs and other above mentioned costs, plus the respectively applicable statutory taxes and charges. When increasing the price, the company must state which cost factors have risen by what amount and the significance of this increase in costs for the cost calculation. Increases in costs for individual cost components can only be passed on in so far as they are not balanced out by price reductions for other cost components. The price increase shall take effect at the beginning of the month, provided it has been advised to the customer by the third working day of the preceding month with disclosure of the cost calculation and evidence of the changed cost factors.

(2) In the event of a change in cost factors which results in lower costs for the agreed service, the customer shall be entitled to a price reduction in accordance with the ruling in paragraph 1.

(3) If one of the parties demands a price adjustment, the other party shall be entitled to a special right of termination with a period of notice of two weeks to the end of the month.

15. Start of the contract

The contract shall be binding from the date on which the customer receives the written order confirmation.

16. Prohibition to entice away and contractual penalty

(1) The customer is not permitted to cause employees of the company to end their employment relation and to enter into a new service or employment relation as self-employed or dependent employees of the customer. This provision shall also remain applicable for a period of six months following the end of the contract.

(2) If the customer culpably violates the provisions of paragraph 1, he shall be obliged to pay the company a contractual penalty – to be determined by the company at its reasonably exercised discretion – for each case of contravention. In case of dispute, the appropriateness of this contractual penalty must be checked by the responsible court.

17. Data protection

(1) The provisions of Regulation (EU) 2016/679 (General Data Protection Regulation, GDPR) and the German Federal Data Protection Act (BDSG) shall apply as amended to the processing and protection of personal data as part of the contract relationship.

(2) In particular, GDPR article 5(1)(f), article 28(3) (data integrity and confidentiality) and article 12 et seq. (information obligations) shall be applicable.

18. Consumer dispute resolution

The company is neither required nor prepared to participate in a dispute resolution process before a dispute resolution authority as defined by VSBG (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz, Consumer Dispute Resolution Act) Section 36(1). The option for dispute resolution by a dispute resolution authority as part of a concrete dispute when both parties agree to it (VSBG Section 37) remains unaffected by this provision.

19. Place of jurisdiction and place of performance

If the customer is a businessman, a juridical person under public law or a public-law special fund, the place of performance and place of jurisdiction shall be the registered office of the company's operational management. This agreement on place of jurisdiction is also explicitly applicable in the event of

- the party to be claimed against by way of legal action moving its registered office, place of residence and/or place of habitual abode subsequent to conclusion of the contract
- claims from the contractual relation being asserted by way of default action.